

Breslauer Zeitung



Zeitung

Vierteljähriger Abonnementsspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb inkl.
Vorlo 2 Thlr. 11 $\frac{1}{4}$ Sgr. Abonnementsspreis für den Raum einer
fünftausendstel Zeile in Zeitung 1 $\frac{1}{4}$ Sgr.

Nr. 442. Mittag-Ausgabe.

Vierundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
amtlichen Befestigungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einzimal an den übrigen Tagen einmal erscheint.

Dinsdag, den 22. September 1863.

Telegraphische Depeschen.

Wien. 21. Sept. In einer heute stattgehabten geheimen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde seitens des betreffenden Ausschusses in der Rogawski'schen Angelegenheit Bericht erstattet. Der Präsident machte demnächst die Mitteilung, daß das Haus dermalen die vom Lemberger Landesgerichte verlangte Zustimmung zur Verhaftung und gerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten Rogawski nicht ertheilen könne.

Preußen.

Berlin. 21. Sept. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allernächst geruht: Dem Kreisgerichts-Sekretär Glembocki in Bromberg den Charakter als Kanzlei-Math zu verleihen. (St.-A.) [Militär-Wochenblatt] v. Schwindein, Hauptm. von der Schles. Art.-Brig. Nr. 6, zum Komp.-resp. Batterie-Chef ernannt. Schnakenberg, Br.-Lt. von derselben Brig., zum Hauptm. Reiche, Sec.-Lt. von derselben Brig., zum Pr.-Lt. befördert. Jähnig, Hauptm. von derselben Brig., als Adjutant zur 3. Art.-Inf. kommandirt. Hoyer, v. Rothenburg, Kindler, Krieg, Krüger, Granier, Müller, aufersetzts. Sec.-Lts. von der Niederschles. Art.-Brig. Nr. 5, Lampel, Gabriel, Briestow, aufersetzts. Sec.-Lts. von der Schles. Art.-Brig. Nr. 6, zu Art.-Offiz. ernannt. Brandenburg, Hauptmann von der 2. Ing.-Inf., behufs Übertritts zum Fortificationsdienst, unter Versezung in die 1. Ing.-Inf., von dem Verhältnis als Komp.-Kommandeur im Niederschles. Pion.-Bat. Nr. 5 entbunden. May, Hauptmann von der 1. Ing.-Inf., unter Versezung in die 2. Ing.-Inf. zum Komp.-Kommandeur im Niederschles. Pion.-Bat. Nr. 5 ernannt. Richter, Stark, aufersetzts. Sec.-Lts. von der 1. Ing.-Inf., beide unter Versezung zur 2. Ing.-Inf. v. Goetzel, v. Schwindein, Pfeifer, Froese, aufersetzts. Sec.-Lts. von der 2. Ing.-Inf., leitere beide unter Versezung zur 1. Ing.-Inf. Koch, Korn, Hobohorst, v. Krane, Leibner, aufersetzts. Sec.-Lts. von der 2. Ing.-Inf., Petri, aufersetzts. Sec.-Lt. von der 3. Ing.-Inf., unter Versezung zur 2. Ing.-Inf., zu Ing.-Offiz. ernannt. v. Saft, Major und Art.-Offiz. vom Blas in Koblenz, mit der Unif. der Garde-Art.-Brig., Ausicht auf Civilversorgung und Pension der Absicht bewilligt. Dr. Windmüller, Assistentz-artist der Reiterei, beim Schles. Jäger-Kieg. Nr. 38 angestellt. Dr. Lühe, Assistentz-artist vom Kaiser Alexander Garde-Gren.-Regt. Nr. 1, zum 2. Ober-chie. Inf.-Kieg. Nr. 23 verliebt. Dr. Schneider, Assistentz-artist des 4. Schles. Inf.-Kieg. Nr. 63, entlassen. Dr. Wiesner, Assistentz-artist des 2. Schles. Jäger-Bats. Nr. 6, entlassen. Dr. Bressgen, Unterarzt vom Schles. Kürass.-Regt. Nr. 1 (Prinz Friedrich von Preußen), zum 3. Oberschles. Inf.-Kieg. Nr. 62 verliebt. Die Assistentzärzte: Dr. Monstki des 1. Bats. I. Pol. Regts. Nr. 18, Dr. Grosspietsch des 1. Bats. 3. Niederschles. Regts. Nr. 10, Dr. Preiser des 2. Bats. 3. Niederschles. Regts. Nr. 10, entlassen.

[Se. Maj. der König] werden morgen nach beendigtem Ma-
növer (gegen 4 Uhr Nachmittags) hierher zurückkehren.

— [S. f. h. die Frau Kronprinzessin] traf gestern Nach-
mittag in Begleitung S. H. des Erbprinzen und der Frau Erb-
prinzessin von Meiningen, höchstwolche Vormittags zum Besuch nach
Potsdam gekommen waren, von dort hier ein, übernachtete im kron-
prinzipalischen Palais und kehrte heute Vormittag nach Potsdam zurück,
nachdem Höchst dieselbe die meinigischen, nach Schlesien reisenden Herr-
schaften zum frankfurter Bahnhofe begleitet hatte.

— [Der Ministerpräsident v. Bismarck] hat sich gestern
zu Sr. Majestät dem Könige nach Buckow begeben und wird heute
gegen Abend hier zurückkehren.

Bei dem Festessen der lebuser Kreisstände für den
König hat derselbe auf das ihm vom Landrat gebrachte Lebendhoch
folgendes erwiedert: „Ich bin erfreut und gerührt, daß die Stände
dieses Kreises und Meine Königstreuen aus Frankfurt sich vereinigt
haben. Mir dieses schöne Fest zu bereiten. Ich bin überzeugt, daß alle
Unwenden diese Gesinnungen thilten, welche der Landrat im Namen
der Stände und im Auftrage vieler Königstreuen Bewohner von Frank-
furt ausgesprochen hat, und will nur wünschen, daß sich diese Gesin-
nungen, wenn es in dieser schweren Zeit gilt, auch durch Thaten be-
währen.“ Worauf ein hervorragendes Mitglied des Kreises ausrief:
„Darauf können Ew. Majestät rechnen.“

[Hobrecht.] Die Räthe und Hilfsarbeiter im Ministerium des
Innern haben am Sonnabend dem seit vier Jahren in diesem Min-
isterium beschäftigten Regierungsrath Hobrecht, welcher bekanntlich jetzt
das Amt als Oberbürgermeister in Breslau antritt, ein Abschiedsdiener
gegeben, welchem auch der Minister Graf zu Guelenburg beiwohnte.

[Der Oberstleutnant a. D. Frhr. v. Buddenbrock],
Mitglied des Herrenhauses, ist gestern hier selbst verstorben.

[Jacob Grimm †.] Gestern (Sonntag) Abend ist Jacob Grimm
gestorben; so hat der Tod ihn wieder mit seinem vorangegangenen Bruder
Wilhelm vereinigt, und im Andenken des deutschen Volkes werden
beide fortan als die Brüder Grimm unvergessen und ungetrennt fortleben.

[Verwarnung.] Dem Verleger der „Nordhäuser Zeitung“ ist
folgende Verwarnung zugegangen:

Der Leitartikel in Nr. 214 der in Ihrem Verlage erscheinenden „Nord-
häuser Zeitung“, welcher die sogenannte deutsche Reformate, II. die Bun-
des-Abgeordneten“ übertrieben ist, und namentlich dessen vierter Absatz läßt
das Bestehe erkennen: Einrichtungen des Staates durch Behauptung ge-
hässig dargestellter Thatsachen dem Hause und der Verachtung auszuheben,
und da auch die bisherige Gefamthaltung der „Nordhäuser Zeitung“, wie
namentlich der Artikel „L. C. Berlin, 25. August“ in Nr. 200 und der Artikel
„das Ergebnis des Kürstentags“ sub Nr. 4 in Nr. 207 beweisen, als
eine die öffentliche Wohlfahrt gefährdende angesehen werden muss, so ertheile
ich Ihnen auf Grund der §§ 1 und 3 der Verordnung, betreffend das Ver-
bot von Zeitungen und Zeitschriften, vom 1. Juni d. J., hierdurch eine Ver-
warnung. Erfurt, den 14. September 1863.

Der Regierungs-Präsident v. Bignau.
An den Verleger der „Nordhäuser Zeitung“ Herrn G. Müller Wohlgeboren
zu Nordhausen.“

Berlin. 21. Sept. [Die russische Antwort.] Folgendes
ist in deutscher Ueberersetzung der Wortlaut der russischen Depesche,
welche der russische Botschafter am Hofe von St. James dem englischen
Staats-Sekretär des Auswärtigen mitgetheilt hat:

Taraskoje-Selo, 26. Aug. (7. Sept.) 1863.

Lord Napier hat mir im Auftrage seiner Regierung eine Depesche Lord
Russells mitgetheilt, von der Ew. Excellenz einleidig eine Abschrift fin-
den wird.

Es ist eine Antwort auf meine Depesche vom 1. (13.) Juli d. J., welche
dem 1. Staats-Sekretär Ihrer britannischen Majestät mitzutheilen Sie ge-
beten wurden.

Die von uns in jenem Schriftstück gemachten Vorläufe wurden uns
durch den Wunsch eingegeben, zu einer Verständigung zu gelangen.

Indem wir die Bemerkungen, zu welchen sie Lord Russell veranlaßt haben,
mit der Aufmerksamkeit aufgenommen haben, die wir stets den Ansichten der
Regierung Ihrer britannischen Majestät schenken, können wir nicht umhin, zu
bedauern, daß wir zu dem Schluß gelangen müssen, daß wir das Ziel, wel-
ches wir im Auge hatten, nicht erreicht haben.

Von dem Augenblicke an, wo diese Diskussion nur damit enden könnte,
die verschiedenheit unserer Meinungen hervortreten zu lassen und zu bestäti-
gen, würde es unserer verbündeten Gesinnung zu sehr zuwiderlaufen, wenn
wir suchen wollten, sie zu verlängern, und wir glauben, daß wir darin nicht

im Widerspruch mit den Gesinnungen des ersten Staats-Sekretärs Ihrer
britannischen Majestät handeln.

Wir ziehen es vor, unsere Aufmerksamkeit nur auf die wesentlichen Punkte
seiner Depeschen zu richten, in Bezug auf welche wir, wenigstens der Absicht
nach mit einander einig sind.

Die Regierung Ihrer britannischen Majestät wünscht, im Königreich Polen
schleunig einen Aufstand der Dinge wieder hergestellt zu sehen, welcher
jenem Lande den Frieden, Europa die Ruhe und den Beziehungen der Cabine-
tete die Sicherheit wiedergibt.

Wir stellen diesen Wunsch vollkommen und werden alles, was in unsern
Kräften steht, thun, um ihn zu verwirklichen.

Unser erhabener Gebieter ist fortwährend von den wohlwollendsten Ge-
sinnungen gegen Polen und von den verhöhnlustigen gegen alle auswärtigen
Mächte beseelt. Für die Wohlfahrt seiner Untertanen aller Volksstämme und
jeglichen religiösen Bekennnisses zu sorgen ist eine Verpflichtung, welche
Se. Kaiserliche Majestät vor Gott, seinem Gewissen und seinem Volke über-
nommen hat. Der Kaiser widmet der Erfüllung dieser Verpflichtung alle
seine Sorgfalt.

Was die Verantwortlichkeit anbelangt, die Se. Majestät bei seinen interna-
tionalen Beziehungen übernehmen mag, so sind diese Beziehungen durch das
öffentliche Recht geregelt. Nur die Verleugnung dieser fundamentalen Prinzipien
kann Verantwortlichkeit mit sich bringen. Unser erhabener Gebieter hat diese
Prinzipien andern Staaten gegenüber beständig geachtet und beobachtet. Se.
Majestät hat das Recht, diezelbe Achtung von Seiten der andern Mächte zu
erwarten und zu beanspruchen. Haben Sie die Güte, diese Depesche dem
ersten Staats-Sekretär Ihrer britannischen Majestät vorzulegen und ihm Ab-
schiff zu lassen.

Genehmigen Sie z. c. Gortschakoff.

Der pariser „Moniteur“ veröffentlicht auch die Antwort, welche
russischerseits an die französische Regierung ertheilt ist. Diese De-
pesche des Fürsten Gortschakoff an den Baron Budberg in Paris lautet
wie folgt:

Taraskoje-Selo, den 26. August (7. September) 1863.

Ich habe die Ehre, Ew. Excellenz anbei die Abschrift einer Depesche des
Herrn Drouyn de Lhuys zu überliefern, von der der Herzog von Montebello
beauftragt war, uns Mitteilung zu machen. Das kaiserliche Cabinet hat von
diesem Atemstück Kenntnis genommen, und zwar nicht mit aller
Aufmerksamkeit, die dasselbe verdient, sondern auch mit dem aufrichtigen
Wunsch, den Ideen-Austausch zu einem endlichen Einverständniß zu bringen.
Nach reiflicher Prüfung haben wir keine Motive finden können, um von jenen
Gesichtspunkten abzugehen, über die ich Ihnen in meiner Depesche vom
1. (13.) Juli Mitteilung gemacht habe.

Wir glauben den Wünschen des Herrn Ministers der auswärtigen An-
gelegenheiten in Frankreich zuvorzukommen, wenn wir von der Verlängerung
einer Discussion Abstand nehmen, welche den Zweck einer Versöhnung, die
wir im Auge haben, nicht würde erfüllen können, so lange diese Discussion
ein anderes Resultat aufweist, als jedes der beiden Regierungen in Ansichten
über eine Frage zu bestärken, in der wir es lebhaft bedauern, uns mit dem
Tuilerien-Cabinet nicht im Einlang zu befinden.

Nur über einen einzigen Punkt der Depesche des Herrn Drouyn de Lhuys
wollen wir uns auslassen, weil wir im Vorauß jeden Gegenstand
zu Missverständnissen befreiten möchten. Ich will über die bei mehreren
Gelegenheiten und unter verschiedenen Formen von Seiten des französischen
Ministers des Auswärtigen gemachten Ansprüchen sprechen, wo-
nach die Westprovinzen Russlands, bis zu einem gewissen Grade an den
internationalen Stipulationen, welche 1815 das Koos des Herzogthums War-
schau regelten, Theil hätten. Das kaiserliche Cabinet kann diesen Gesichts-
punkt in keiner Weise gelten lassen, selbst in der mildesten Form nicht (moi-
ne plus restreinte) und ich erfuhr Ew. Excellenz, dem Herrn Drouyn de Lhuys
die schon in meiner letzten Depesche abgegebene Erklärung zu wiederholen,

dass Se. Majestät der Kaiser, welcher immer bereit ist, seine gegen alle Mächte
überkommenen Verpflichtungen aufs Gewissenhafteste zu erfüllen, auf das
Entscheidende, selbst in einem freundlichsten Theile seines Reichs austausch, jede Bezug-
nahme auf Theile seines Reiches ausschließen muss, auf welche keine interna-
tionalen Verträge Anwendung finden. Was die anderen Punkte betrifft,
welche in der Depesche des französischen Herrn Ministers der auswärtigen Angelegenheiten erwähnt werden, so wollen wir vorzugsweise auf diejenigen
eingehen, mit welchen wir uns wenigstens der Idee nach in Übereinstimmung
finden. Die französische Regierung wünscht im Königreich Polen sofort
einen Zustand hergestellt, welcher diesem Lande den Frieden, Europa die
Ruhe und den Beziehungen der Cabinate die Sicherheit wiedergibt. Wir
theilen durchaus diesen Wunsch, und Alles, was von unserer Seite zur Erfüllung
dieser irgend geschehen kann, wird geschehen. Unter allerdrud-
lauchtigster Herr ist noch immer von den wohlwollendsten Absichten für Po-
len, sowie von den verschönen Gesinnungen gegen alle auswärtigen
Mächte beseelt. Das Streben nach der Wohlfahrt aller seiner Untertanen
von allen Volksstädten und von allen Religionsbekennnissen ist eine Ver-
pflichtung, welche Se. Kaiserliche Majestät Gott und seinem Gewissen,
so wie seinen Volkern gegenüber auf sich genommen. — Der Kaiser
hat seine ganze Sorgfalt dieser Pflichterfüllung geweiht. Was endlich
die Verantwortlichkeit betrifft, welche auf Seine Majestät in Bezug auf seine internationalen Beziehungen fallen kann, so sind diese Bezie-
hungen durch das öffentliche Recht geregelt. Die Verleugnung der Grundsätze
dieselben allein kann eine Verantwortlichkeit herbeiführen. Unter allerdrud-
lauchtigster Herr aber hat diese Grundsätze den andern Staaten gegenüber
stets geachtet und beobachtet. Se. Majestät hat das Recht, zu erwarten und
zu verlangen, daß die andern Mächte dieselbe Achtung vor jenen Grund-
sätzen hegen. Sie wollen die Gewogenheit haben, dem französischen Herrn
Minister der auswärtigen Angelegenheiten diese Depesche vorzulegen und
demselben Abschrift von derselben zu geben. Genehmigen Sie z. w. Gortschakoff.

Darauf folgt nun das volle zehn Monate spalten füllende, schon
mehrfaß erwähnte russische Memorandum, in welchem die Un-
möglichkeit des vorgeschlagenen Waffenstillstandes sowohl, als auch der
Conferenz kündig auseinandergesetzt wird. Das Memorandum spricht
die Hoffnung aus, daß, trotz der abweichen den Meinungen der Mächte,
doch keine so ernsten Verwicklungen entstehen würden, daß der euro-
päische Friede bedroht werde. Es wird dabei wieder auf den Einfluß
hingedeutet, der vom Auslande her auf Polen geübt werde. Der
Friede sei nicht bedroht, so lange die diplomatischen Verhandlungen
dieser Art benutzt würden, die übertriebenen Wünsche und Hoffnungen
der polnischen Revolutionäre zu maskieren. Uebrigens, bemerkt das
Memorandum, könne man das auch durchaus nicht von Mächten annehmen,
welche zur Grundlage ihrer Action die gewissenhafte Ausführ-
ung der Verträge von 1815 genommen.

Gortschakoff.

Darauf folgt nun das volle zehn Monate spalten füllende, schon
mehrfaß erwähnte russische Memorandum, in welchem die Un-
möglichkeit des vorgeschlagenen Waffenstillstandes sowohl, als auch der
Conferenz kündig auseinandergesetzt wird. Das Memorandum spricht
die Hoffnung aus, daß, trotz der abweichen den Meinungen der Mächte,
doch keine so ernsten Verwicklungen entstehen würden, daß der euro-
päische Friede bedroht werde. Es wird dabei wieder auf den Einfluß
hingedeutet, der vom Auslande her auf Polen geübt werde. Der
Friede sei nicht bedroht, so lange die diplomatischen Verhandlungen
dieser Art benutzt würden, die übertriebenen Wünsche und Hoffnungen
der polnischen Revolutionäre zu maskieren. Uebrigens, bemerkt das
Memorandum, könne man das auch durchaus nicht von Mächten annehmen,
welche zur Grundlage ihrer Action die gewissenhafte Ausführ-
ung der Verträge von 1815 genommen.

Colberg, 20. Sept. [Zweite Verwarnung.] Die „Col-
berger Zeitung“ hat nachstehende zweite Verwarnung erhalten:

„Der in Nr. 110 der von Ihnen verlegten „Colberger Zeitung“ enthaltene Artikel führt sich dahin, daß die königliche Staatsregierung nach einem wohlüberlegten Plan zur Ausführung des langgehegten Vorhabens, das Abgeordnetenhaus aufzulösen und die Neuwahl eines feindbegünstigten Abgeordnetenhauses zu erzielen, den jetzigen Zeitpunkt gewählt habe, wo, wie in der Auflösungs-Ordre dem Volke verlautet sei, die Machtstellung Preußens durch die sogenannte deutsche Bundes-Reform-Frage gefährdet sei, Worte, denen das preußische Volk nicht
Glauben schenken werde. Der Artikel gelangt zu der schließlichen Mahnung an das Volk: sich nicht durch Drohungen einschüchtern zu lassen, sondern an die Wahlen zu gehen, um ein neues Abgeordnetenhaus zu wählen, welches ganz im Sinne des ausgelösten, aber noch ernster und bestimmter, als dieses, sprechen und stimmen werde. Zu diesem Schlus kommt der Artikel durch die Ausführung, daß nicht etwa das schwedende deutsche Bundes-Reform-Project an sich, sondern die königliche Staatsregierung die drohende Ermordung des preußischen Staates verschuldet habe, die die Verhandlungen in Frankfurt a. M. niemals stattfinden könnten, wenn in Preußen der Verfassungs-Conflict zwischen Regierung und Volk nicht stattgefunden hätte.“

und das mithin die erstere auf die von ihr verlangte Unterstützung seitens des
Volkes bei den Wahlen nicht, und um so weniger rechnen darf, als die Gaben,
welche dem Volke zum Danke dafür gegeben werden würden, daß es das Ministe-
rium aus der Verlegenheit reift, in welcher es sich dem Innlande und dem Aus-
lande gegenüber befindet, das Volk großen Gefahren auszusetzen. Eine solche
Gefahr findet der Artikel u. A. auch darin, daß eine feudale Kammer nichts Eiliges
zu thun habe, als den Ministern jenes Recht in der Kammer einzuräu-
men, welches ihnen das aufgelöste Haus so mutig bestritten habe, so daß alle
künftigen Volksvertretungen etwaigen Angriffen seitens der Minister wehr-
los gegenüberstehen würden. Welches Recht hiermit gemeint sein soll, ist
nicht ersichtlich. Da in diesem Artikel die königl. Staatsregierung durch Be-
hauptung entstelliger Thatsachen in gehässiger Art geschmäht wird, zumal die
„Colberger Zeitung“ die in meiner Ihnen unter dem 11. Juni d. J. er-
teilten Verwarnung gekennzeichnete, Gesamthaltung nicht aufgegeben hat,
so ertheile ich Ihnen auf Grund der § 1 und 3 der Verordnung vom
1. Juni d. J. hiermit eine zweite Verwarnung. Göslin, 16. Sept. 1863.
Der Regierungs-präsident Raumann.

Stettin, 18. Sept. [Eröffnung der Naturforscher-Versammlung.] Heute Vormittag 10 Uhr wurde die 38. Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte im großen Saale des Schützenhauses durch den Vorsitzenden Dr. Dohrn eröffnet. Der Redner gab nach Karlsruhe einige Notizen über das Leben der Stettiner in früheren Jahrhunderten, und erwähnte die hiesigen wissenschaftlichen Best

Der Finanzausschuss hatte sich verhältnismäßig nur geringe Streichungen an den von der Regierung verlangten Summen erlaubt. Die wichtigste Änderung an der Regierungsvorlage war die, daß er die verlangten Summen in solche für ordentliche und solche für außerordentliche Bedürfnisse trennte und er nun das für die ordentlichen Bedürfnisse verlangte Geld auf 4, das andere aber auf nur 2 Jahre bewilligen wollte. Man glaubte, die Regierung würde auf diese Änderung eingehen, doch gleich nach den ersten einleitenden Worten des Referenten des Finanzausschusses, Hrn. Neuffer, erbat sich der Kriegsminister das Wort, um zu erklären, daß die Regierung keineswegs geneigt sei, sich etwas von ihren Forderungen streichen zu lassen, sondern bei allem, was sie gefordert habe, beharre, vor allem auch dabei, daß ihr die verlangten Summen sämtlich aus vier Jahren bewilligt werden. Nach dem Kriegsminister entwidete der Abgeordnete Kolb aus Speyer seinen schon erwähnten Antrag, die Kammer möge zugleich mit Bewilligung der verlangten Summe die Bitte an die Regierung aussprechen, daß eine Aenderung des ganzen gegenwärtigen Militärsystems angebahnt werde, und zwar durch allmäßliche Umbildung des stehenden Heeres in eine Volkswehr. Als der Präsident die Unterstützungsfrage für den Antrag stellt, erhebt sich mehr als die Hälfte des Hauses. Appellrath Dingler (Würtz) motiviert jedoch in langer Rede den Antrag, die Regierung zu ersuchen, beim Bunde geeignete Schritte zu thun, um die Festung Germersheim zur Bundesfestung zu erheben. Auch dieser Antrag wird unterstützt. Bei der Spezialdebatte wird zu Artikel I., welcher die Forderungen in ordentliche und außerordentliche Theile teilt, die ersten auf vier, die letzten auf zwei Jahre bewilligt, von V. Barth, wie schon erwähnt, das Amendement gestellt, sämtliche Forderungen nur auf zwei Jahre zu bewilligen. Er begründet dasselbe mit den Nachteilen der sechsjährigen Finanzperioden. Alle Anträge der zweiten Kammer auf Ablösung derselben seien fruchtlos gewesen. Die so oft geprägte Eintracht unserer Gesetzgebungsfaktoren beruhe theils in der Schwäche der Kammer, theils sei sie nur Scheinbar, da die Eintracht sich nur da beweise, wo die Anträge von der Regierung ausgehen. Das beste Beispiel dazu bildet die Art und Weise, wie die Regierung sich dem einstimmig und wiederholt gefassten Antrag auf Ablösung der Finanzperioden gegenüber verhalte. Heute habe die Kammer die Gelegenheit zu beweisen, daß es ihr Ernst sei mit ihrem Verlangen. Es handle sich im vorliegenden Falle um außerordentliche Forderungen; diese könne die Kammer auf so lange bewilligen, wie es ihr gut erscheine. Darum solle sie von ihrem Rechte Gebrauch machen und seinem Amendement zustimmen. Prof. v. Hofmann (Erlangen) hat den Antrag auf Streichung sämtlicher Summen gestellt, welche für außerordentliche, durch die kriegsbedrohende Lage der Gegenwart bedingte Bedürfnisse verlangt werden. Dem Redner scheint die gegenwärtige Weltlage nicht der Art, daß darum das bairische Heer in kriegsbereitschaft zu halten sei. Frhr. v. Lichtenfeld spricht für die Forderungen der Regierung, gegen die Anträge des Ausschusses und natürlich auch gegen die Amendements von Barth und v. Hofmann, Dr. Böhl für die Anträge von Barth, v. Hofmann und Kolb. Der Kriegsminister v. Lutz gibt am Schluss der Diskussion die Erklärung ab, daß die Bewilligung der Summen aus vier Jahren notwendig sei, um eine feste Basis zu erhalten. Er habe sein Amt in der Hoffnung angetreten, bei der Kammer die nötige Unterstützung zu finden, die es ihm möglich macht, das bairische Heer auf der Höhe zu erhalten, die die Ehre und Machtstellung (sic!) Bayerns erfordern. Findet er diese Unterstützung nicht, so würde er den König bitten, ihn seines Amtes zu entheben. Der Präsident vertrat schließlich, ohne zur Abstimmung über Artikel I. schreiten zu lassen, die Sitzung bis morgen. — Die heutige Debatte war weit weniger interessant als die gestrige, denn man sprach fast nur noch über die Bewilligung einzelner Posten, und als der Abgeordnete Bräuer Miene mache, noch einmal sich in ein Raisonnement über das Allgemeine einzulassen, verwies ihn der Präsident deswegen. Bei der Abstimmung wurden sämtliche Artikel in der vom Ausschusse vorgelegten Fassung angenommen, mit Ausnahme des Art. I. Absatz 1, wo sich die Kammer mit 70 gegen 54 Stimmen für die von M. Barth beantragte Fassung entschied, nach welder die sämtlichen Forderungen statt auf vier nur auf zwei Jahre bewilligt werden sollen. Auch der Zusatzantrag Kolb's ward, nachdem selbst Fr. v. Lichtenfeld dafür gesprochen, mit bedeutender Majorität angenommen. Mit gleich großer Majorität ward dagegen der Antrag Dingler's in Betreff der Festung Germersheim verworfen. — Die Abstimmung über den Barth'schen Antrag ist vielleicht die interessanteste, welche während des ganzen Beisammenseins des Landtages erfolgte; sie beweist gleich der neuulichen Wahl des Gesetzgebungs-Ausschusses vor allem, daß die Majorität der früheren Kammer aufgebrochen und sich nach einer festen neuen gebildet hat, denn die heutige Majorität war ganz anders zusammengesetzt als diejenige, welche bei jener Wahl den Sieg gewann. Damals stimmten die Ultramontanen unter Dr. Ruland mit der Fortschrittspartei und den Pfälzern, um die Wahl Streit's und Hohnadt's zu hinterreiben, heute stimmten diese letzteren mit der Majorität, während Ruland mit seinen schwäbischen Freunden zur Minorität gehörte. Die Abstimmung wird übrigens darum von allen Freunden des Fortschritts freudig begrüßt werden, weil sie den ersten zuverlässigen Beweis liefert, daß die gegenwärtige Kammer den Wünschen der Regierung gegenüber weniger gefügt ist als die vorige und daß sie sich in der That von der Führung des Herrn von Lichtenfeld emancipirt hat. Daß Herr von Lichtenfeld so sehr für die Bewilligung auf vier Jahre war, wirft ein eigenartiges Licht auf die Motive, welche diesen alten Kämpfern neulich zur Stellung seines Antrages auf Ablösung der Finanzperioden bewogen. Es ward ihm damals von einigen Blättern vorgeworfen, er stelle den Antrag, weil er wisse, daß die Regierung nicht darauf eingehe und er ihn für das bequemste Mittel erachte, sich den Schein der Liberalität zu bewahren. Sein Verhalten in der gestrigen und heutigen Debatte ist nur zu geeignet diese Vermuthung zu bestätigen; sein Eifer, mit dem er für die Forderungen der Regierung in die Schranken trat, ließ in ihm leineswegs einen Gegner langer Finanzperioden erkennen, trotzdem er es zu wiederholtenmalen zu verbürgen für notwendig fand. Man ist sehr gespannt, wie sich der Kriegsminister zu dem heutigen Kammerbeschlusse verhalten wird; daß er seine Drohung ausführen und sein Amt niederlegen wird, jetzt, wo die Kammer nicht auf seine Forderungen eingegangen ist, erwartet niemand.

Frankreich.

Paris, 17. Sept. [Was Frankreich thun wird. — Bestärkung des polnischen Nationalcomitès. — Die anamitische Gesellschaft.] Das „Pays“ beantwortet die Frage, was die drei Mächte denn nun nach dem Eintreffen der von ihnen vorausgesagten ablehnenden Antwort Russlands zu thun gedachten; die drei Mächte werden nämlich, nach dem „Pays“ fortfahren, zu thun, was sie bisher gethan, nur das weitere Notenschreiben unterlassen. Man sollte denken, da bliebe ihnen überhaupt nichts mehr übrig. — Die „France“ nimmt gegen Russland eine mehr accentuierte Haltung an, die heute wieder darin hervortritt, daß das Blatt einen Erlaß des polnischen Nationalcomitès an den Prinzen Czartoryski sehr theilnehmend bespricht. Das hiesige polnische Comité ist jedoch über die französische Politik nicht wenig bestürzt und es kommt in seinen Sitzungen zu sehr stürmischen Debatten. In amtlichen Kreisen glaubt man, daß man in Betreff der Frage der vorgängigen Pacification doch zu einer Verständigung mit Russland gelangen könne. Baron Budberg hat nämlich Hrn. Drouyn de l'Huys bereits erklärt, die Insurrection sei „so gut wie vernichtet“ und die Bedingung für die Promulgation der in Aussicht gestellten Reformen somit „nahezu erfüllt.“ — Die anamitische Gesellschaft hat den naiven Auftrag, von den Franzosen die südlichen Provinzen Cochinchina wieder zurückzukaufen; sie kann 50 bis 70 Mill. Frs. bieten. Die zahlreichen Diener dieser Herren müssten hier erst mit Schuhen und anderen civilisierten Kleidungsstücken versehen werden, da sie in ihren landesüblichen, ziemlich primitiven Costümen hier angelangt waren.

Nassau.

Nurenhen in Polen.

Krakau, 20. Sept. In der Wojwodschaft Krakau wurde von Szekry am 16. ein Gefecht geliefert; in Masowien hat am 12. Sokolowki bei Boniewo, Zielinski bei Ciepliny gefight. — In den Wojwodschaften Kalisch und Lublin sind zahlreiche Insurgentenchaaren thätig. Am 15. haben die Russen die Einwohner der Stadt Lutomierz niedergemehelt. In Warschau wurde Wagner gehemt.

** **Breslau**, 22. Septbr. [In der gestrigen Versammlung des Wahlvereins] wurden nach einem motivierenden Vortrage des Herrn Laßwitz die Beschlüsse des „verfassungstreuen Vereins“, betreffend die Verbindung der altliberalen mit der Fortschritts-Partei, Bildung eines gemischten Wahl-Comite's ic. fast einstimmig an-

genommen. Mit lebhaftem Beifall begrüßte man die Mittheilung, daß die Abgeordneten für Breslau: v. Kirchmann, Laßwitz und Pfützner, zur Annahme der Wiederwahl sich bereit erklären. Dagegen haben von den bisherigen Deputirten in der Provinz abgelehnt die Herren Beier in Löwenberg, Fliegel in Hirschberg, Karsten in Waldenburg, von Langendorf und Riemann, Letzterer aus Gesundheitsrücksichten, jedoch nur für den Fall, daß kein Feudaler an seine Stelle kommt. In daß gemischte Wahl-Comite ernannte die Versammlung einstimmig die Herren DDr. Stein und Elsner, Hofferichter, R. Sturm, Jäkel und Sensal Cohn. Nachdem die Herren Stein und Elsner unter oftmaligen Beifallsbezeugungen gesprochen hatten, trennte sich die überaus zahlreiche Versammlung.

Breslau, 22. September. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: an den Mühlstr. Nr. 11 im Bürgerwerder ein großer französischer Schraubenschlüssel; Karlstraße Nr. 1 ein schwarzer Tuchrock, in dessen Taschen sich ein weißgestreiftes rothebenches Tuchentuch, zwei Paar halbkleidene Hanfschuhe und verschiedene Schriftstücke befanden; Friedrich-Wilhelms-Straße Nr. 71 ein weißer Schafpelz mit Pelz; Friedrich-Wilhelms-Straße Nr. 49 vier Stück Frauenhandschuhe, vier blaue Leinenhandtücher, sechs Stück verschiedenfarbige lattunene Halstücher, ein schwarzer Camlotrock, ein brauner und zwei braun und weiß gemusterte Kattunnde, vier Stück Frauenjachten und 2½ Thaler baares Geld; große Rosengasse Nr. 12 eine silberne Kapselühr; im Bürgerwerder an den Kasernen Nr. 1, aus einem gewaltsam erbrochenen Schuppen, ein Sac mit Kartoffeln; neue Lauenzenstraße Nr. 84 ein brauner Kattun-Ueberröd, zwei weiße lattunene Ueberröde, ein roth und grün farbter Lama-Ueberröd, zwei weiße und ein wärtiger Unterrock.

[Angekommen.] Se. Durchlaucht Fürst Hatzfeld aus Schloß Trahenberg, Pastau, Dr., aus Berlin. (Pol. Bl.)

Raanth, 21. Sept. [Patriotischer Verein.] Bekannt Gründung eines patriotischen Vereins versammelten sich heut eine Anzahl conservativer Urmäher des breslau-neumärker Wahlkreises im hiesigen Bahnhofs-Saale. Bald nach 1 Uhr Mittags wurde die Versammlung durch den Landrat Herrn v. Röder durch einige Worte eröffnet und Herr v. Haugwitz auf Rosenthal zum Vorsthenden erwählt. Es waren einige Herren der konstitutionellen Partei anwesend, die ihr Er scheinen motivirten. Dadurch entspans sich nach und nach eine Debatte, die zuletzt ziemlich lebhaft wurde; nach Erörterung des Ausdrucks „parlamentarisches Regiment“ verließen die Herren der zuletzt genannten Partei den Saal. An der Debatte beteiligten sich die Herren Baron von Rothkirch, Landrat von Röder, Landrat von Knebel-Döberitz, Krämer von Schwarzenfeld, Inspector Lindner, Pastor Thüm, Domainenpächter Kupisch und Herr von Krämer. — Nun wurde zur Berathung des Vereins-Statuts, welches Herr Aßhoff Loesch auf Ober-Stephansdorf nach den einzelnen Paragraphen vortrug, geschritten, daselbe mit großer Majorität angenommen und unterzeichnet. Der Vereinsvorstand wurde vorläufig aus 12 Herren, 6 aus dem breslauer und ebenso viele aus dem neumärker Kreise erwählt; durch Cooptation kann sich derselbe bis auf 20 Mitglieder verstärken. Unter den Gewählten nennen wir die Landräthe v. Röder, v. Knebel-Döberitz, ferner die Herren v. Haugwitz, v. Stöber, Graf Pinto, Erpriester Schloss, Superint. Biehler, Lukas, Adler. Hierauf wurden freiwillige Beiträge zur Unterstüzung der Vereinsbestrebungen gezeichnet, die ein bedeutendes Resultat ergaben. Der Vorstand schritt schließlich zur Berathung einer Ansprache an die Urmäher des breslau-neumärker Wahlkreises.

Gleiwitz, 21. September. Se. Excellenz der Herr Minister für Handel, Gewerbe ic., Graf v. Izenpflz, langte gestern Vormittag, aus Breslau kommend, hier an. In seiner Begleitung befinden sich die Herren Ober-Bergamt-Director Bergauptmann Dr. Huyssen und Ober-Berggraf Websky. Auf dem Perron des Bahnhofes waren zum Empfang unter Anderen anwesend die Herren Hüttendirector Stenz, Bürgermeister Teuchert, Postdirector Peters, Director der königlichen Bank-Commandite, Schwarz, stellvertretender Handelskammer-Präsident Hegenbach. Der Herr Minister, welcher in dem „Hotel zur goldenen Gans“ abgestiegen war, besuchte unter anderem auch die königliche Eisengießerei und nahm Kenntniß von allen Specialitäten. Nachmittags begab sich Se. Excellenz per Extrazug nach Rudnitz zu dem Geh. Comm.-Rath Rüffer, bei dem er dinierte, und kehrte gegen Abend zurück. Heut reiste Se. Excell. zur Besichtigung der kgl. Hüttenwerke nach dem beuthener Kreise. Man vermutet, daß dieser Besuch des Handelsministers in Verbindung stehe mit dem schon lange besprochenen Verkauf mehrerer dem Staate gehörigen Hüttenwerke, zu denen auch die hiesige Eisengießerei gehören soll. Einige Notizen über dieselbe dürften gelegentlich willkommen sein. Die königliche Eisengießerei zu Gleiwitz ist, wenn uns recht berichtet werden, die größte im preußischen Staate. Nachdem die Thätigkeit aller der artigen schlesischen Etablissements mehrere Jahre sehr niedergedrückt gewesen, erhielten sie in Folge des im vorigen Jahre lebhafter gewordenen Bergwerks- und Hüttenbetriebs einen größeren Aufschwung, so auch unsere Eisengießerei. Sie produciret im Jahre 1862, 52,001 Cr. Namentlich hob sich auf ihr die lange ganz darniedergelegene Fabrikation gusseiserner, emaillirter Kochgeschirre. Zugdem scheint das Etablissement nicht hinlänglich zu rentieren.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grad. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Raumur.	Barometer.	Aufl. Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 21. Sept. 10 U. Ab.	324,16	+13,0	N. O.	Trübe.
22. Sept. 6 U. Morg.	324,16	11,4	SW. 2.	Trübe.

Breslau, 22. Sept. [Wasserstand.] D. P. 12.3.3. 11. P. — 8.8.3.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 21. Sept. Nachm. 3 Uhr. Die Börse war durch die russische Antwortnote präoccupirt. Die Rente eröffnete zu 68, 47, fiel bei Unruhe und Unentschlossenheit der Spekulanten bis auf 68, 20 und schloß in matter Haltung zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 93¾ eingetroffen. Schluss-Course: 3proz. Rente 68, 35. Italien 5proz. Rente 73, 50. Italieneustreue Anleihe 73, 90. 3proz. Spanier — 1proz. Spanier — Österreich-Staats-Eisenbahn-Aktien 422, 50. Credit-Mobilier-Aktien 1206, 25. Lombard-Eisenbahn-Aktien 572, 50.

London, 21. Sept. Nachm. 3 Uhr. Silber 61½—61½. Türkische Consols 54%. Consols 93%. 3proz. Spanier 48%. Meridianer 46%. 5proz. Russen 93%. Neue Russen 93%. Sardinier 88%. Golddag 29%. Wechselkurs auf London 142½. Baumwolle 69.

Wien, 21. Sept. Nachm. 12 Uhr 30 M. Geschäftlos, aber fest. 3proz. Metalliques 76, 90. 4½proz. Metalliques 69, 75. 185ter Loose 95, — Bant-Aktien 798, — Nordbahn 167, 60. National-Antlehen 83, 10. Credit-Aktien 192, 10. Staats-Eisenbahn-Aktien-Cert. 185, —. London 111, 10. Hamburg 83, —. Paris 43, 90. Gold —. Böhmisches Westen 161, —. Neue Loose 136, 80. 1860er Loose 100, 05. Lomb. Eisenbahn 249, —.

Frankfurt a. M., 21. Sept. Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Anfangs sehr. Böhmisches West-Bahn —. Finnlandische Anleihe 88%. Schluss-Course: Ludwigshafen-Berbach 143%. Wiener Wechsel 105%. Darmst. Zettel-Bant 237%. Darmst. Zettel-Bant 257%. 3proz. Metalliques 67%. 4½prozentige Metalliques 60%. 1854er Loose 83%. Österreich-National-Ant. 73%. Darmst.-Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 195. Österreichische Bankanteile 838. Österreich. Credit-Aktien 201%. Neueste österreichische Anleihe 90. Darmst. Elisabethbahn 128. Rhein-Nahebahn 29%. Hesse-Ludwigsbahn 129%.

Hamburg, 21. Sept. Nachm. 2 Uhr 30 Min. Börse fest, aber ruhig. Finn. Anleihe 88. Wetter stürmisch und regnerisch. Schluss-Course: National-Anleihe 74%, Österreich. Credit-Aktien 85%. Vereinsbank 104%. Nord. Bank 107%. Rheinische 100%. Nordbahn 63%. Disconto 3%.

Hamburg, 21. Sept. [Getreidemarkt.] Weizen loco und auswärtig flau. Roggen loco 1—2 Thlr. niedriger, ab Ostsee ruhig. Forderungen unverändert. Bink ohne Umsatz.

Liverpool, 21. Septbr. [Baumwolle.] 15,000 Ballen Umsatz.

Preise ½ d höher.

London, 21. September. Getreidemarkt (Schlußbericht). Englischer Weizen langsam, zwei bis drei Schillinge, fremder Weizen befrüchtet, einen bis zwei Schillinge, Malzgerste einen bis zwei Schillinge, Mälzgerste einen halben bis einem Schilling, Hafer einen halben Schilling niedriger. Mehl matt, etwas niedriger. — Regen.

Amsterdam, 21. September. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen und unverändert. Roggen Termine 1—2 Thlr. höher, sonst unverändert und stiller. Raps November 69. Rübbel November 39%. April 39%.

Berlin, 21. Sept. Die Börse eröffnete in nicht ungünstiger Haltung, bald gab indeß der Mangel an Aufträgen dem Verkehr das unbelebte Aussehen, wie solches sich jetzt schon eine Reihe von Tagen hindurch bemerkbar macht. Die Speculation in österreichischen Creditactien und Logen war nicht eben verschwunden, aber auch sie ließ reges Leben vermissen; sonst kamen nur noch darmstädter Creditactien und mainzer in größeren Summen als andere Papiere in den Handel. Courstrüggänge sind ziemlich zahlreich zu vermerken, auch verlaute sich gegen den Schluss hin das Geschäft; vielleicht daß niedrigere wiener Course dazu Veranlassung boten. Vom Vormittage lauteten diese etwas besser als die Sonnabendnotizen; Creditactien 192, 20. Loose 100, 10. National 83. Franzosen 185, 50. Metalliques 77, 10. London 111, 10. aus Breslau telegraphirte man: Ober-schlesische A. u. C. 161, Freiburger 138, österreichische Credit 86%, neuester Loose 89%, National 74%. Preuß. Fonds waren wenig beachtet. Prämien-Anleihe wurde % billiger offerirt, für freiwillige blieb Geld, die 53er verlor %. (B. u. S. 3.)

Berliner Börse vom 21. September 1863.

Fonds- und Geld-Course.	Eisenbahn-Stamm-Actionen.
Freiw. Staats-Anl. 14½% 101½ B.	Dividende pro 1861 1862 Zt.
Staats-Anl. von 1859 5½% 106 Bz.	Aachen-Düsseldorf. 3½% 3½% 94 bz.
dito 1850 62 4 98½ bz.	Aachen-Mastricht 0 4 33½ B.
dito 1854 4½ 101½ bz.	Amster.-Rottd. 5½ 6 4 107 bz.
dito 1855 4½ 101½ bz.	Berg.-Märkische 6½ 4 1